

BASELBIETER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
**Renteninitiative
unterschreiben!**
Schub für 5G

Der Mobilfunkstandard 5G hat es in der Schweiz noch schwer, der Ausbau verläuft schleppend. Die FDP und insbesondere Ständerat Hans Wicki und Nationalrat Christian Wasserfallen engagieren sich für mehr Tempo.

Seiten 12 und 13

Freihandel mit Indonesien

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien hat Pioniercharakter, da für den Export von Palmöl Nachhaltigkeitsziele vereinbart wurden. Sowohl die FDP wie auch die Jungfreisinnigen setzen sich für ein Ja am 7. März ein.

Seite 16

Karin Keller-Sutter sagt Ja zur E-ID

Die FDP-Bundesrätin kämpft für die E-ID, über die am 7. März abgestimmt wird. Im Interview zeigt sie auf, wie der Datenschutz gewährleistet ist und was die Vorteile der Public-Private-Partnerschaft sind. Für Karin Keller-Sutter ist klar, dass das Technologieland Schweiz die E-ID braucht, um eine digitale Identifikation zu ermöglichen.

Seiten 18 und 19

Digitale DV in Bern


Delegierte sagen Ja zum Covid-19-Gesetz und Nein zu den beiden Agrarinitiativen.

Seiten 20 und 21

Von «Political Leadership» in der Krise
Editorial von Saskia Schenker
Geschätzte Freisinnige

«Political Leadership» ist in der Wissenschaft und gemäss Wikipedia «eine besondere Form der politischen Führung, die nicht nur das Gewinnen von Wahlen bedeutet». Und weiter: «Im allgemeinen Sprachgebrauch wie auch in jenem der Massenmedien scheint der Begriff positiv besetzt zu sein: Er signalisiert Führungsstärke gepaart mit Entscheidungsfreudigkeit und Durchsetzungsfähigkeit. Political Leadership orientiert sich somit am hehren Anspruch einer Versöhnung eines demokratiepolitischen Zielkonflikts: Repräsentation von Bürgerinteressen bei gleichzeitiger Einsicht und Mobilisierung in unangenehmen Entscheidungen.» Ohne näher auf die Wissenschaft einzugehen, werden Eigenschaften wie Ehrlichkeit, Vertrauenswürdigkeit, Empathie, Integrität und (geistige) Flexibilität mit «Political Leadership» in Verbindung gebracht. Gerade in der jetzigen herausfordernden Zeit stelle ich mir die Frage, was «Political Leadership» ausmacht und welche Art der politischen Führung ich zum Beispiel von unserem Bundesrat erwarte. Denn davon hängt unsere Bereitschaft ab, politische Entscheidungen – auch solche, die uns weniger zusagen – mitzutragen. Ich denke, wir tun gut daran, uns solche Überlegungen zu machen. Und



Saskia Schenker, Parteipräsidentin

dies auch ganz im Bewusstsein, dass aktuell viele Entscheide auf Basis von Annahmen und wenigen Erfahrungswerten getroffen werden müssen.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10/11 Blueprints:
Wir halten unsere Taten fest
- 12/13 5G braucht mehr Schub
- 14 Vorschau auf
die Frühlingssession
- 15 FDP Urban mit neuem Elan
- 16 Freihandelsabkommen
mit Indonesien
hat Pioniercharakter
- 17 Andrea Caroni
zur Burkainitiative
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter
im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

1. Schützen: Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

2. Entschädigen: Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

3. Impfen: Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burkainitiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Aus der Parteileitung

Andreas Dürr, Fraktionspräsident, berichtet

Das politische Jahr 2021 begann für die FDP mit einem Paukenschlag, als am 6. Januar unsere Parteipräsidentin Saskia Schenker ihren Rücktritt per 25. August 2021 bekanntgab. Als Fraktionspräsident arbeite ich eng, viel und sehr gerne mit Saskia zusammen. Ich hätte diese präsidentiale Zusammenarbeit mit ihr denn auch gerne noch länger weitergeführt. So sehr ich den Schritt von Saskia aber bedauere, so verstehe ich ihn auch umso besser. Saskia Schenker hat mit ihrem politischen Gespür die richtige Entscheidung getroffen. Dies auch mit gutem Gewissen, denn sie hinterlässt gleichzeitig eine gut aufgestellte Partei. Die Parteileitung hat an ihrer Sitzung vom 20. Januar 2021 eine Findungskommission, bestehend aus e. Landrat Michael Herrmann Präsident, Regierungsrätin Monica

Gschwind, e. Landratspräsidentin Marianne Holtinger, Gemeinderat Matthias Mundwiler sowie dem Unterzeichnenden, mit einem klaren Aufgabenbeschrieb eingesetzt. Wir sind überzeugt, dass wir eine geeignete Kandidatur für dieses wichtige Parteiamt finden werden.

Auch in der Fraktion gab es einen Wechsel: Jürg Vogt tritt aus dem Landrat zurück, und an seiner Stelle rückte Namensvetter und Gemeinderat Robert Vogt, ebenfalls aus Allschwil, nach.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Jürg Vogt nochmals ganz herzlich für die stets angenehme und konstruktive Zusammenarbeit und sein Engagement danken. Er sass 2015 bis 2020 für die FDP im Landrat und war Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission sowie der Findungs-



Andreas Dürr

kommission Ombudsmann 2020. Für mich ist es keine Selbstverständlichkeit, dass sich ein selbstständiger Landwirt für die politische Arbeit in unserem Kanton die Zeit genommen hat. Mit seinem Rücktritt verlieren wir einen praxiserprobten Experten in allen landwirtschaftspolitischen Belangen. Ein Abschied ist aber auch immer eine neue Chance: So begrüßte ich an der Landratssitzung vom 14. Januar 2021 das erste Mal den nachrückenden Robert Vogt. Er arbeitet als diplomierter Bau- und Energieingenieur FH/NDSE bei der Lemon Consult AG, einem spezialisierten Beratungsunternehmen für Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien. Ich wünsche ihm viel Spass und Erfolg im neuen Amt – 2021 bringt einige schwierige Dossiers mit sich, und wir sind froh um jede freisinnige Stimme!

Nach wie vor begleitet die Pandemie den politischen Alltag, und so bleiben wir vorerst im Congress-Center Basel unter der freisinnigen Leitung von Landratspräsident Heinz Lerf. Mehr über den Landrat und die Arbeit der FDP-Fraktion können Sie übrigens stets über unseren «Newsflash» erfahren, welcher jeweils donnerstags, unmittelbar nach der Landratssitzung, per Mail versendet wird.



Robert Vogt



Jürg Vogt

Fortsetzung von Seite 1

Unter «Political Leadership» verstehe ich zum Beispiel, dass Entscheidungen gut nachvollziehbar sind. Das heisst, ich weiss, auf welcher Basis Entscheide getroffen werden, und ich erachte sie als mit dem gesunden Menschenverstand vereinbar. Entscheidungen mit dem Hinweis «Wir müssen

das einfach machen, vertrauen Sie uns» oder reine Paragrafenreiterei lösen bei mir und wohl bei allen Freisinnigen eher Gegenwehr aus. Gerade deshalb fordern wir seitens FDP eine klare und auf Basis von definierten Parametern nachvollziehbare Ausstiegsstrategie aus dem Lockdown – wenn nötig stufenweise. Wir müssen Perspektiven und Planbarkeit für die betroffenen Betriebe und für die

ganze Bevölkerung schaffen. Und wir wollen verstehen können, welche Strategie der Bundesrat verfolgt. Nur so werden anstehende – auch unangenehme – Entscheidungen weiterhin breit mitgetragen.

Saskia Schenker
Präsidentin FDP Baselland

Kantonale Abstimmung vom 7. März 2021

Nein zur Gesetzesinitiative zum Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft

Die formulierte Gesetzesinitiative mit dem reissenden Titel «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» der «Starken Schule beider Basel» verlangt

die Begrenzung von Kompetenzbeschreibungen in den Stufenlehrplänen der Primar- sowie der Sekundarschule auf insgesamt maximal 1000. Darüber hinaus sollen die Stoffinhalte und Themen in der Sekundarschule bezüglich Jahreszielen und Anforderungsniveaus auf die Inhalte und Anforderungen der beruflichen Grundbildung, der Fachmittelschule und des Gymnasiums abgestimmt sein.



Heinz Lurf, Landratspräsident

Am 7. März
NEIN
zum erneuten
destruktiven
Eingriff in den
Lehrplan!

NEIN zur formulierten Gesetzesinitiative
«Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von
3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen
auf ein vernünftiges Mass reduzieren»

derungs-niveaus auf die Inhalte und Anforderungen der beruflichen Grundbildung, der Fachmittelschule und des Gymnasiums abgestimmt sein.

Es besteht überhaupt kein Grund, in die laufende Einführung des «Lehrplans Volksschule Basel-Landschaft» für die Sekundarschule und den begleitenden Rückmeldeprozess einzugreifen. Eine Anpassung des Bildungsgesetzes im Sinne der vorliegenden Initiative wäre eine Übersteuerung des sorgfältig eingeleiteten Prozesses. Auch ist die Begrenzung auf 1000 Kompetenzen völlig willkürlich und nicht umsetzbar. Ferner würden sich daraus enorme zeitliche und finanzielle Folgen ergeben, und die Lehrpersonen der Sekundarschule würden erneut stark belastet.

An fachbezogenen Veranstaltungen werden die inhaltlichen Anregungen aus den Sekundarschulen zu breit abgestützten Anpassungen am Lehrplan entwickelt. In den bisherigen zwei Rückmeldeverfahren beteiligten sich jeweils rund 700 von 1100 Lehrpersonen. Diese konkreten Vorschläge, die gemeinsam erarbeitet und getragen werden, führen zum definitiven «Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft» für die Sekundarschulen. Noch steht die 3. Rückmeldeschleife aus, aber bereits jetzt ist erkennbar, dass der finale Lehrplan fokussierter und kompakter sein wird: Der Bildungsrat wird voraussichtlich im Januar 2022 die definitive Fassung verabschieden, so dass auf das Schuljahr 2022/23 ein erprobter und praxisorientierter Lehrplan in Kraft treten wird.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Initiative mit 13:0 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls hat der Landrat am 22. Oktober 2020 die Initiative mit 77:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen deutlich abgelehnt. Der Bildungsrat Baselland, der Regierungsrat und der Landrat wie auch die vier Parteien CVP, FDP, SP und SVP empfehlen den Stimmberechtigten die Ablehnung der formulierten Gesetzesinitiative.

**Heinz Lurf, Landratspräsident,
Mitglied der Bildungs-, Kultur- und
Sportkommission und des Bildungsrats Baselland**

Kantonale Abstimmung vom 7. März 2021

Ja zum Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und das Arbeitsmarktaufsichtsgesetz

Das geltende Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und das Arbeitsmarktaufsichtsgesetz (AMAG) wurden am 14. Februar 2014 in Kraft gesetzt. Ziel der Gesetzgebung war die Schaffung von umfassenden und genauen Aufgaben- und Kompetenzregelungen, die Definition von wirkungsvollen Instrumenten, die Sicherstellung der Ressourcen sowie das Bekenntnis zum Vorrang sozialpartnerschaftlicher Lösungen vor staatlichen Regelungen. Kern der Gesetze bildet die Beauftragung der direkt involvierten Parteien – die Sozialpartner (Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände) – mit der Kontrolle des Arbeitsmarktes.

In den Jahren nach Inkrafttreten hat sich die Anwendung der Gesetze – primär aus Sicht der Regierung und nicht der Sozialpartner – in Punkten als problematisch erwiesen. Zudem haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Vergabe

von Staatsaufträgen geändert, und im Landrat wurde mit mehreren überwiesenen Vorstössen eine punktuelle Änderung der Gesetzgebung angeregt.

Die Ziele dieser Gesetzesrevisionen bestehen unter anderem darin, dem Kanton Baselland mehr Handlungsspielraum und finanzielle Steuerungskompetenz im Aufgabenbereich der Arbeitsmarktaufsicht und in der Ausgestaltung von Leistungsvereinbarungen mit Drittorganisationen zu eröffnen sowie eine transparente und effiziente Lösung bei der Kontrolltätigkeit sicherzustellen.

Die FDP BL hat sich in ihrer Vernehmlassung generell kritisch zu den Gesetzesrevisionen geäußert, da die Arbeitsmarktkontrolle heute ohne grössere Probleme und effizient abläuft. Trotzdem hat die Landratsfraktion Hand für die vorliegende Kompromisslösung geboten, um einerseits den als ungenügend empfundenen Regierungsvor-



Christof Hiltmann, Landrat

schlag anzupassen und andererseits eine politische Blockade zu verhindern.

Beim Schwarzarbeitsgesetz (GSA) hat sich die FDP insbesondere dafür starkgemacht, weiterhin einen Dritten – und damit die Sozialpartner – mit Kontrollen im Baugewerbe zu beauftragen. Dafür erfolgen die Beauftragung und die Finanzierung neu über Output-Ziele, das heisst auf Basis effektiv durchgeführter Kontrollen anstelle wie bisher über Input-Finanzierung, und der Kanton erhält mehr Handlungsspielraum, sollte der Leistungserbringer nicht performen.

Beim Arbeitsmarktaufsichtsgesetz (neu FLAMAG) war es der FDP wichtig, nach Aufhebung der Pauschalsubventionierung die paritätischen Kommissionen insofern zu stärken, dass diese auf begründetes Gesuch hin mit weiteren Aufgaben – insbesondere im Präventionsbereich – beauftragt werden können.

Die beiden vorliegenden Gesetzesvorlagen bilden das Resultat äusserst langwieriger und ausgiebiger Kommissions- und Landratsdebatten. Sie fanden am Ende breite Unterstützung von Links bis Rechts – mit Ausnahme der Grünen, welche aus undurchsichtigen Gründen Fundamentalopposition betrieben. Denn bei Ablehnung der beiden Gesetzesrevisionen bleiben die bisherigen Gesetze in Kraft, und wir stehen wieder am Anfang der politischen Diskussionen ohne Aussicht auf bessere Lösungen.

Die FDP Fraktion stand geschlossen hinter den beiden überarbeiteten Gesetzen, und auch der Parteitag der FDP empfiehlt dem Stimmvolk, die beiden Gesetze anzunehmen.

Christof Hiltmann, Landrat, Präsident der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission



FDP Baselland

50 Jahre Frauenstimmrecht

Stellen Sie sich vor, dass am 7. März 2021 nur die Hälfte aller Baselbieterinnen und Baselbieter abstimmen dürften. Nämlich nur die Männer. 50,9 Prozent (gemäss Statistik des Kantons) könnten ihr Wahlrecht nicht ausüben. Ein Szenario, welches vor 50 Jahren noch Realität war. Am 7. Februar 2021 feierte die Schweiz 50 Jahre Frauenstimm- und Wahlrecht, und auch wir schauen in dieser Ausgabe auf die vergangenen 50 Jahre zurück: Besonders zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass knapp nach der Einführung des Frauenstimmrechts die ersten Frauen in den Landrat gewählt wurden. So auch die erste FDP Landrätin Liselotte Witschi aus Liestal. Sie sass von 1971 bis 1979 als einzige Frau in der Baselbieter FDP-Fraktion. Heute ist die Situation eine andere: Neben vier Landrätinnen hat die FDP Baselland eine Regierungsrätin, eine Nationalrätin, eine Geschäftsführerin und wird von Parteipräsidentin und Vizepräsidentin geführt. Seit 1971 wurden zudem drei FDP Frauen ins Landratspräsidium gewählt: 1997/1998 präsidierten Heidi Tschopp (Hölstein), 2004/2005 Daniela Schneeberger (Thürnen) und 2013/2014 Marianne Hollinger (Aesch) den Landrat. Dass die FDP BL viele engagierte Frauen hat, ist vor allem auch ganz stark an der politischen Basis auf kommunaler Ebene zu spüren: Neben aktuell vier Gemeindepräsidentinnen setzen sich 14 FDP-Gemeinderätinnen für ihre Gemeinde und so für das Baselbiet ein. Ihnen allen wollten wir diese Doppelseite widmen: Danke für euer Engagement, eure Willenskraft, euren Mut und vor allem eure Vorbildfunktion für all die jungen Frauen, die nachkommen.



Wahlwerbung der FDP Schweiz für die Nationalratswahlen 1971.

Unsere Nationalrätin



Daniela Schneeberger, Thürnen

Unsere Regierungsrätin



Monica Gschwind, Hölstein

Unsere erste und ehemalige Regierungsrätin



Sabine Pegoraro, Pfeffingen, 2003–2019

Unsere Landrätinnen



Christine Frey, Münchenstein



Christina Jeanneret, Oberwil



Andrea Kaufmann, Waldenburg



Saskia Schenker, Itingen

Unsere ehemaligen Landrätinnen

Liselotte Witschi, Liestal, 1971–1979
Christine Baltzer, Liestal, 1982–1992
Barbara Fünfschilling, Binningen, 1987–2002
Rita Kohlermann-Jörg, Therwil, 1988–2003
Susanne Buholzer, Reinach, 1991–1997
Béatrice Geier-Bischoff, Liestal, 1991–2001
Heidi Tschopp, Hölstein, 1991–2002
Therese Umiker, Muttentz, 1994–1999
Sabine Pegoraro, Aesch, 1998–2004
Christine Mangold, Gelterkinden, 1999–2009
Juliana Nufer, Laufen, 1999–2009
Liz Rytz, Sissach, 1999–2003

Daniela Schneeberger, Thürnen, 1999–2011
Judith van der Merwe, Binningen, 1999–2011
Romy Anderegg, Muttentz, 2001–2011
Eva Gutzwiller, Liestal, 2002–2008
Iris Ziehlmann, Allschwil, 2003–2006
Bea Fünfschilling, Binningen, 2004–2013
Marianne Hollinger, Aesch, 2006–2018
Christa Oestreicher, Aesch, 2006–2011
Petra Schmidt, Sissach, 2007–2011
Regina Vogt, Liestal, 2008–2013
Petra Studer, Laufen, 2009–2011
Monica Gschwind, Hölstein, 2010–2015

Unsere Gemeindepräsidentinnen



Nicole Nüssli, Allschwil



Mélanie Krapp, Bottmingen



Catherine Müller, Füllinsdorf



Andrea Kaufmann, Waldenburg

2020 traten Marianne Hollinger (Aesch, 1998–2020) und Christine Mangold (Gelterkinden, 1996–2020) nicht mehr zur Wahl an. Sie waren jahrelang prägend für ihre Gemeinden und das ganze Baselbiet.

Unsere Gemeinderätinnen



Brigitte Vogel, Aesch



Brigitte Treyer, Arlesheim



Eva-Maria Bonetti, Binningen



Lilia Keller, Brislach



Elisabeth Ruff, Bubendorf



Ruth Janzi, Frenkendorf



Silvia Tschudin, Füllinsdorf



Manuela Schällibaum, Gelterkinden



Doris Rutishauser, Muttenz



Christine Kamber, Oberdorf



Regula Messerli, Oberwil



Käthy Zimmermann, Ormalingen



Susanne Schindler, Pfeffingen



Dora Weissberg, Therwil

Unsere Sektionspräsidentinnen



Catherine Müller, Füllinsdorf



Silvia Tschudin, Füllinsdorf



Susanne Schindler, Pfeffingen



Gerda Massüger, Reinach



Saskia Schenker, Sissach

Neue digitale Veranstaltungsreihe der FDP Baselland

Erfolgreicher Start der digitalen Talkrunde «Zukunftsfragen»

Unter dem Titel «Zukunftsfragen» stehen in der digitalen Veranstaltungsreihe Persönlichkeiten Rede und Antwort, die selbstbestimmt ihr eigenes Leben gestalten, Risiken eingehen und Verantwortung für ihre Handlungen und die Gemeinschaft übernehmen. Bewusst geht es bei diesem neuen Talk-Format der FDP Baselland nicht um rein parteipolitische Perspektiven oder politische Lösungsansätze. Vielmehr sollen gesellschaftliche Themen im Zentrum stehen. Die FDP Baselland möchte damit Diskussionen anstossen und ermöglichen. Professionell moderiert wird die digitale Diskussionsrunde von Anja Sciarra, Co-Redaktionsleiterin von Prime News, dem unabhängigen Online-Magazin aus und für Basel. Die Premiere machte am 1. Dezember 2020 die renommierte (Wirtschafts-)Journalistin und Moderatorin Patrizia Laeri. Das Interesse, am digitalen Talk teilzunehmen, war gross, da die ehemalige Moderatorin von «10vor10», der Wirtschaftssendungen «Eco» und «Börse» des Schweizer Fernsehens keine unbekannte Persönlichkeit ist. Im Mittelpunkt der über Videozuschaltung oder über die Chat-Funktion eingebrachten Fragen standen die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt und die Entwicklungen in der Medienbranche. In diesen Themen ist die Ökonomin als langjährige und beherzte Kämpferin für die Gleichstellung und erprobte Medienfrau sehr kompetent. Dies zeigen auch ihre vielen Auszeichnungen: Wirtschaftsjournalistin, Kolumnistin des Jahres, Digital Female Leader Award und #top100 der women in business.



Sehr rasch wurde klar, warum für die dreifache Mutter die Gleichstellung weit oben auf der Prioritätenliste steht: «Gerade in der Medienwelt besteht noch viel Luft nach oben. Insbesondere in den Medienressorts Wirtschaft und Wissenschaft herrscht eine grosse Einflusslosigkeit der Frauen.» In ihrer eigenen Karriere habe sie sehr viel Sexismus erlebt und auf diese Weise gelernt, wie sie sich dagegen wehren könne: «Als ich beim Schweizer Fernsehen zum Moderatorenteam der Nachrichtensendung «10vor10» gestossen bin, wurde ich in einem Zeitungsartikel als «Hobbymodel» bezeichnet, das nun bei einem professionellen News-Format einsteigen darf.» Spätestens zu diesem Zeitpunkt beschloss sie, sich mit der Unterstützung einer Medienanwältin professionell zu wehren. Und dies mit Erfolg: Die Zeitung musste sich laut Laeri entschuldigen und den Artikel korrigieren. Sie habe auch die Er-

fahrung gemacht, dass ihre Themenvorschläge in den männerdominierten Chefredaktionen oft nicht durchkamen. Laeri ist überzeugt: «Die Medienbranche muss weiblicher werden.»

Als erfahrene Medienfrau hat Laeri eine klare Position über die Entwicklungen in der Medienlandschaft. Sehr kritisch beurteilt sie den Trend in Richtung «Click-Journalismus» mit dem Ziel, eine grosse Reichweite zu erzielen. Zudem stört sie sich an Medienschaffenden, die vor allem über Missstände schreiben und sich nicht bemühen, konstruktiv mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen: «Auffallen tut mir dies auch in der Berichterstattung über die Pandemie, in der vor allem Negativmeldungen Schlagzeilen machen.» Auf der Strecke bleibe dabei der Qualitätsjournalismus, so wie dies etwa die «Neue Zürcher Zeitung» noch anbiete. Laeri sieht sich aber nicht nur als Kritikerin der Medienlandschaft, sondern übernimmt als Unternehmerin Verantwortung und lanciert eigene Medienformate. Dazu gehört die trinationale TV-Wirtschaftssendung #DACHelles, welche im Dezember 2020 erstmals auf youtube.com online ging. Laut Laeri stehen dabei Frauen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz im Fokus, die einen Blick auf das Wirtschaftsgeschehen werfen: «Es wird in meinem Medienformat nicht die üblichen Streidiskussionen geben. Wir streben lösungsorientierte Talks an. Ringkampf und Schlagabtausch interessieren uns nicht.»

Weitere Informationen unter www.zukunfts-fragen.ch



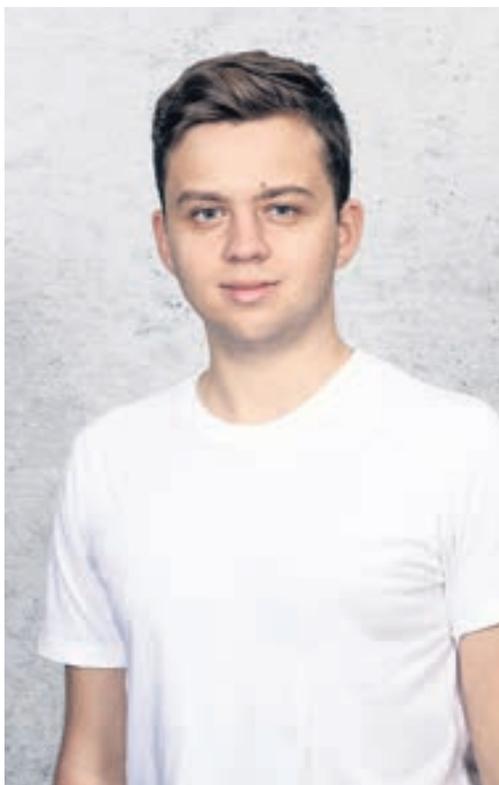
Jungfreisinnige Baselland

Impfvoranmeldungen für alle Altersgruppen ermöglichen

Der Start für die lang erwartete Impfung gegen das Coronavirus verlief in den allermeisten Kantonen harzig: Impftermine waren innert Minuten ausgebucht, lange Telefonwarteschleifen und zusammenbrechende Webseiten sorgten für Frust. Deshalb haben die Jungfreisinnigen Baselland gemeinsam mit den Jungfreisinnigen Basel-Stadt Mitte Januar in beiden Kantonen die Einführung einer Voranmeldung in Form einer Warteliste für alle Altersgruppen gefordert. Dies würde das Anmeldeverfahren wesentlich vereinfachen und verfolgt das Ziel, das aktuelle Momentum der Impfbereitschaft zu nutzen.

Momentum bei den Jungen nutzen – erneuten Corona-Winter vermeiden

Wir forderten, dass sich alle Altersgruppen für die Impfung gegen das Coronavirus voranmelden können und dann auf eine Warteliste kommen. Dies würde eine gewisse Verbindlichkeit seitens der Impfwilligen schaffen, wobei die Impfung weiterhin freiwillig bliebe. Es ist zu begrüssen, dass der Kanton Baselland bereits eine Impfvoranmeldung für Personen über 75 Jahren eingeführt hat. Aus unserer Sicht soll die Voranmeldung aber für alle möglich werden. Denn die jüngere Bevölkerung muss derzeit damit rechnen, sich erst in einigen Monaten impfen lassen zu können. So besteht das Risiko, dass eigentlich Impfwillige sich im Sommer dazu entscheiden, ihre Impfung hinauszuschieben. Einerseits da bis dann bereits ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, darunter die



Lucio Sansano

Risikogruppe, geimpft sein sollte und andererseits, weil in den warmen Sommermonaten voraussichtlich wieder mit niedrigeren Fallzahlen zu rechnen ist. Wir sind der Meinung, dass es jetzt zentral ist, mit der Möglichkeit zur Voranmeldung von der

momentan relativ hohen Impfbereitschaft Gebrauch zu machen. So kann verhindert werden, dass wir im Sommer Millionen für Impfkampagnen ausgeben, mit denen wir diese Leute zu überzeugen versuchen, die sich heute bereits für die Impfung angemeldet hätten. Mit der Voranmeldung könnte im Sommer einfacher ein höherer Anteil Geimpfter erreicht und damit auch zu einem möglichst gemässigten Verlauf der Pandemie im nächsten Winter beigetragen werden. Denn falls die Fallzahlen im nächsten Winter nach einem hoffentlich ruhigeren Sommer analog zu letztem Herbst wieder stark ansteigen würden, könnte so einem erneuten Shutdown entgegengewirkt und unserer Wirtschaft viel weiteres Leid erspart werden.

Braucht es wirklich 26 verschiedene Impfwege?

Ferner wäre es wünschenswert, dass alle Kantone, bestenfalls in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, ein System mit Voranmeldung zumindest eingehend prüfen. Der Bund befürwortet dies, und der Kanton Bern hat die Möglichkeit zur Voranmeldung in seinem System bereits erfolgreich umgesetzt. Er wird sich sicher nicht weigern, den anderen Kantonen sein «Geheimrezept» zu verraten.

Lucio Sansano

Präsident Jungfreisinnige Baselland,
Einwohnerrat FDP Reinach

Ausblick – Halbjahresplan 01/2021 Jungfreisinnige Baselland

Irrungen und Wirrungen im Schweizer Föderalismus, Gespräch mit Christoph Schaltegger

Montag, 22. Februar 2021, 18:00 Uhr bis 19:00 Uhr, online, Anmeldung bei Lucio

Plakate Freihandelsabkommen abhängen & anschl. gemeinsam Abstimmungsergebnisse verfolgen

Sonntag, 07. März 2021, 14:00 Uhr, BL

Unterschriftensammelaktion Renteninitiative

Samstag, 13. März 2021, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr, tba

Unterschriftensammelaktion Renteninitiative gemeinsam mit den JFBS

Samstag, 27. März 2021, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Basel

Generalversammlung der JFBL

Montag, 10. Mai 2021, 18:30 Uhr, tba

Ordentlicher Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz

Freitag bis Sonntag, tba (im Juli 2021), Locarno



Folge der blauen Linie

Neue Plattform [Blueprints.ch](http://blueprints.ch)

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website www.blueprints.ch listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

Blick ins Jahr 1986

Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

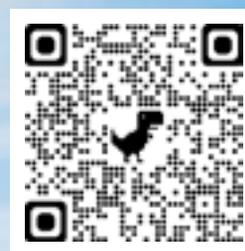


Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse info@blueprints.ch gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO₂-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

Ja zum CO₂-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO₂-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO₂-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

«Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G? Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

Was bringt 5G der Schweiz? Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

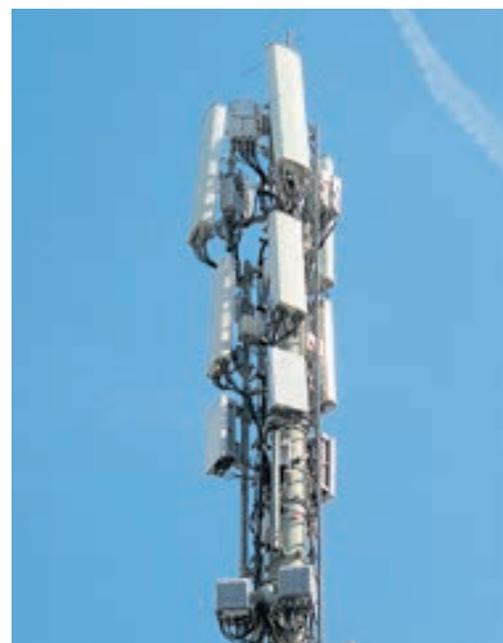
Wie profitieren Privatpersonen? Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren? Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen? Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

Was muss jetzt passieren? Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz? Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

Interview: Marco Wölfli



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf das unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

Marco Wölfli



Weg zurück zur Normalität

Frühlingsession vom 1. bis 19. März

Die Frühlingsession scheint, zumindest was die traktandierten Geschäfte anbelangt, ein Schritt zurück zur Normalität zu sein. Auch wenn es diese Session einige Corona-bedingte Vorlagen zu beraten gilt, liegt der Fokus wieder stärker auf den restlichen politischen Brennpunkten – ein gutes Zeichen.

Nun bereits ziemlich genau seit einem Jahr hat uns die Corona-Krise fest im Griff und es scheint kaum ein Ende zu nehmen. Auch wenn mit der gestarteten Impfkampagne ein Ausweg absehbar ist, ist unser Alltag weiterhin stark eingeschränkt und es fühlt sich alles andere als normal an. Schaut man sich jedoch an, was uns in der kommenden Frühlingsession erwartet, sieht man Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück zur Normalität zeigt sich u. a. bei der Traktandierung vieler Volksinitiativen wie der Justizinitiative, der Initiative für das Verbot von Tabakwerbung oder die 99%-Initiative der Juso, die viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Inhaltlich gibt es aber noch einige andere Schwerpunkte, die für die FDP von grosser Relevanz sind:

Vorsorge

Nach der zweimaligen Verschiebung der Beratung der AHV 21 in der Herbst- und Wintersession 2020 steht der Erstberatung im Ständerat in der Früh-

lingsession hoffentlich nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemachen.

Transparenz

Der Ständerat hat in der Wintersession den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative aus seiner Staatspolitischen Kommission verabschiedet. Auf Antrag der FDP (SR Müller) wurden die Offenlegungspflichten für Kampagnenkomitees verschärft. Im Gegensatz zu den Initianten der Trans-

parenzinitiative, die vor allem die politischen Parteien und die grossen Komitees (der Wirtschaft) treffen wollen, will die FDP für gleich lange Spiesse unter allen politischen Akteuren sorgen. Im Nationalrat wird es nun darum gehen, diesen Erfolg zu wiederholen und mit einigen Präzisierungen z. B. bei der Offenlegung von Mandatsabgaben eine Mehrheit zu erreichen. Zumindest die Beschlüsse aus der vorberatenden Kommission stimmen optimistisch.

Agrarpolitik

In beiden Räten wird es in der Frühlingsession zu wichtigen Beschlüssen zur Zukunft der Agrarpolitik kommen. Im Nationalrat ist die AP 22+ traktandiert, die die zukünftige Strategie in der Agrarpolitik definieren soll. Nachdem der Ständerat im Winter die Sistierung beschlossen hat, muss sich nun die grosse Kammer zur gleichen Frage positionieren. Im Ständerat liegt der Fokus auf dem informellen Gegenvorschlag zu den beiden Agrarinitiativen (Trinkwasser, Pestizidverbot). Bei der Differenzbereinigung stehen vor allem die Offenlegungspflicht bei Dünger und Futtermittel sowie der Schutz der Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen im Fokus. Die Vorlage ist speziell mit Blick auf die Volksabstimmungen zu den beiden Agrarinitiativen im Sommer 2021 von grosser Relevanz.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Für eine liberale Stadtpolitik

FDP Urban will 2021 Netzwerk vergrössern

Die Berner haben gerufen, und viele sind gekommen. Letzten Herbst führte FDP Urban im Raiffeisenforum Bern, in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus, den Parlamentarianerlass 2020 durch. Die verschiedenen Referenten zeigten auf, welche Herausforderungen sich in den Städten der Zukunft stellen.

Das Auftaktreferat von Paul Schneeberger vom Schweizerischen Städteverband zum Thema «Wie verändert das Coronavirus die Mobilität?» führte zu einer regen Diskussion unter den liberalen städtischen Politikerinnen und Politikern aus der ganzen Schweiz. Gemäss Schneeberger braucht es vermehrt umfassende Mobilitätskonzepte. Die Heimarbeit dürfte in der Dienstleistungsindustrie von der Ausnahme zur Regel werden, und obwohl der kollektive Verkehr das Rückgrat in den Metropolräumen bleiben wird, ist die Zukunft der übrigen Mobilitätsgrundversorgung völlig offen. Schneeberger plädierte dafür, die Vergangenheit nicht einfach fortzuschreiben, sondern in Szenarien zu denken und Experimente und Reallabors zu wagen. Wir müssen uns politisch in den Städten auf weitere «Umverkehrsinitiativen» («Bäume statt Asphalt») einstellen, die eine gute Erfolgchance haben dürften. Elisabeth Glas (Zug) und Andreas Zappalà (Basel) ergänzten die Ausführungen zur Mobilität mit Gedanken zu einem «Post-Corona-

Stadtmodell» zum Wohnen in der Stadt nach der Pandemie.

Referat zu 5G

Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs Swisscom, führte unter dem Titel «Konnektivität» in die Diskussion um 5G als Telekommunikationsstandard der Zukunft ein und beleuchtete die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen. Zu 5G hat die FDP Urban-Arbeitsgruppe «Smartest Stadtleben» unter der Leitung von Elisabeth Schoch (Zürich) mehrere parlamentarische Vorstösse ausgearbeitet, die schweizweit in die politische Diskussion eingebracht werden sollen. Es geht um die Förderung des 5G-Ausbaus, die Aufklärung der Bevölkerung über die Chancen und Risiken der neuen 5G-Technologie und die Forcierung kantonaler Anstrengungen rund um diese neue Technologie.

Im dritten Teil referierten Raphael Tobler, CEO der Eduwo und Präsident der Swiss Startup Asso-

ciation, und Urs Hofer (Winterthur) über die Standortförderung der Zukunft. Die von Urs Hofer in Winterthur lancierte und vorgestellte Idee eines Start-up-Fonds wurde rege und kontrovers diskutiert, namentlich zur Rolle des Staates. Auch hierzu wurde ein parlamentarischer Vorstoss vorbereitet.

FDP Urban-Netzwerk soll wachsen

Der Anlass machte deutlich, wie wichtig überregionale Diskussionen unter den FDP-Stadtvertreterinnen und -vertretern sind und welchen Nutzen wir gegenseitig aus unseren Erfahrungen ziehen können. FDP Urban spielt diesbezüglich eine wichtige Scharnierrolle zwischen den politischen Akteuren in den grossen Schweizer Städten.

Für das Jahr 2021 haben sich die Mitglieder von FDP Urban zum Ziel gesetzt, die Vernetzung zwischen den grössten Schweizer Städten weiter zu fördern – mittels gemeinsamer Vorstösse, der Weiterentwicklung der Kernthemen und der Organisation von Anlässen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz intensiviert und das FDP Urban-Netzwerk durch weitere Städte ergänzt werden – insbesondere Richtung Romandie.

Roger Dornier und Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz FDP Urban gegründet. Mitwirkung ist für alle Interessierten möglich in unseren Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smartest Stadtleben».
www.fdp-urban.ch



Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streit-schlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unter-

stützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

Christa Markwalder, Nationalrätin BE, Mitglied Aussenpolitische Kommission

Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen.

(Bild: iStock/SeventyFour)



Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken

hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmaskotten!

Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslima und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



«Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

Wofür braucht es eine E-ID? Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage? Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegenen Sie diesem Vorwurf? Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden? Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht? Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger? Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

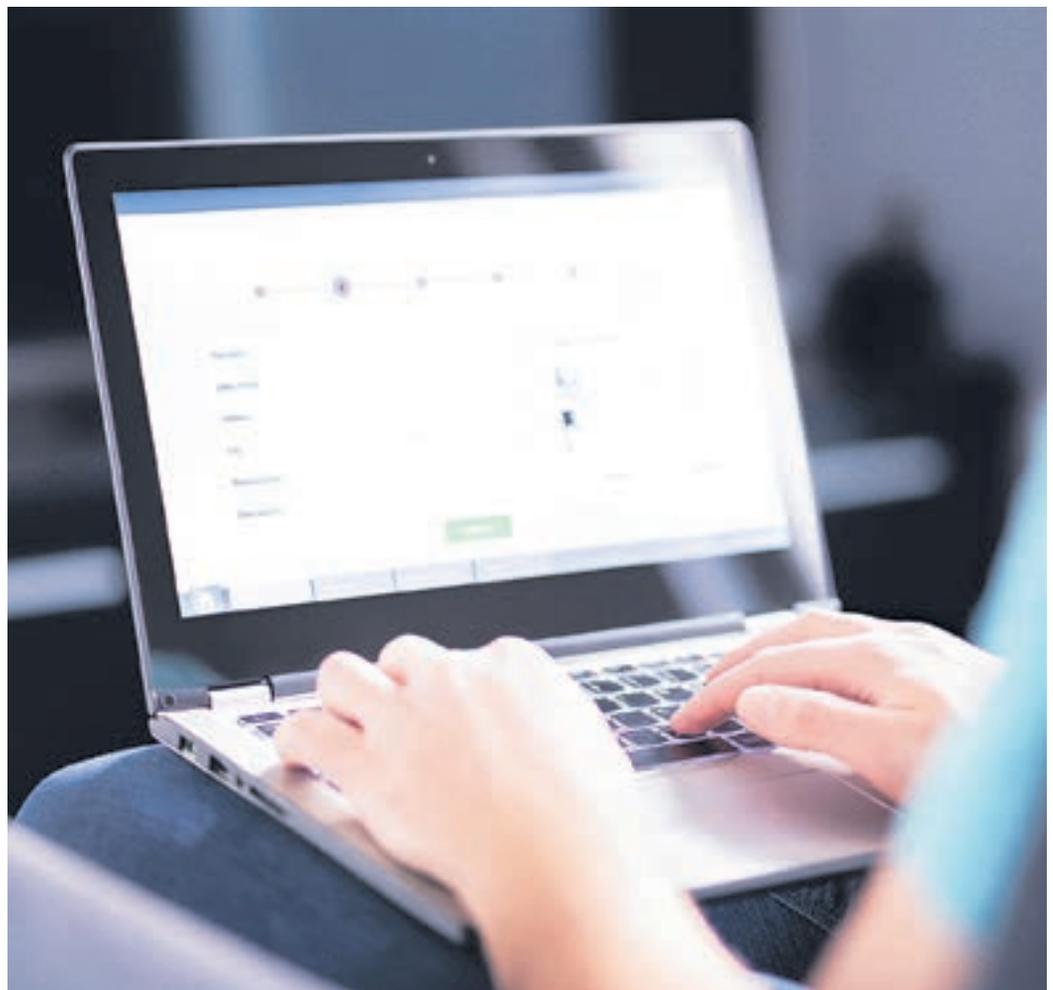
Was geschieht bei einem Nein zur E-ID? Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus? Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigungsinitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen? Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

Interview: Marcel Schuler



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

Karin Müller



Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



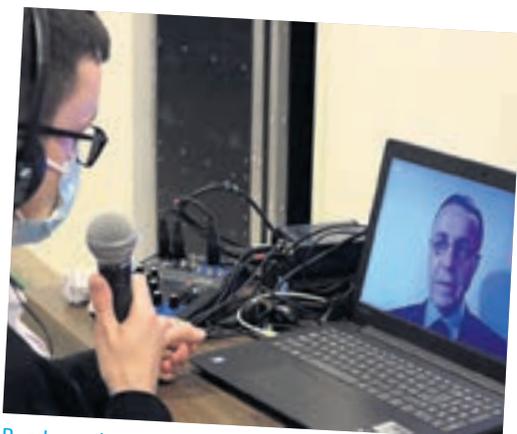
Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



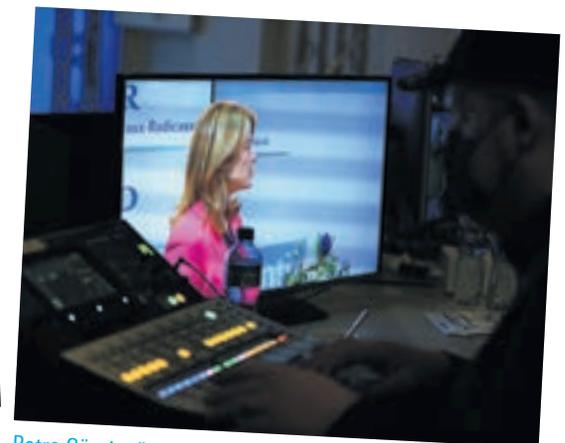
Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

«Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

«Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Vertreter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

«Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern
Präsident Jungfreisinniger Kanton Solothurn

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»



JA

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)



JA

Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschafts-abkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



50 Jahre Frauenstimmrecht!

Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.



FDP

Die Liberalen

**Eine starke
Partnerschaft
für nachhaltigen
Handel.**

JA

**zum Abkommen
mit Indonesien**

www.indonesien-ja.ch